Stadt Mühlheim am Main, Freitag, 30. September 2016

Gemeinsame Pressemitteilung - Kreisangehörige Städte und Gemeinden verlangen beim Fluglärm echte Lärminderungsmaßnahmen statt Lärmumverteilung

Gemeinsame Presseerklärung der Stadt Heusenstamm, Stadt Neu-Isenburg, Stadt Obertshausen, Stadt Rodgau, Stadt Mühlheim, Gemeinde Hainburg, und der Stadt Seligenstadt vom 29.9.2016 zum versetzten Anflugverfahren „RNP-to-xLS“.

Die kreisangehörigen Städte Heusenstamm, Neu-Isenburg, Obertshausen, Rodgau, Mühlheim am Main und Seligenstadt sowie die Gemeinde Hainburg lehnen Zusatzbelastungen durch Fluglärm, wie sie durch das gerade getestete Anflugverfahren „RNP-to-xLS“ geschaffen wurden, strikt ab. Sie sprechen sich dagegen aus, dass dieser versetzte Anflug in den Regelbetrieb übernommen wird.

Die fluglärm betroffenen Städte und die Gemeinde Hainburg aus dem Kreis Offenbach wollen auch beim Thema versetzte Anflüge zusammenarbeiten und gemeinsam handeln.

Einhellig kritisiert wird, dass die für den Fluglärm zuständigen Stellen - das Bundesamt für Flugsicherung (BAF) und die Deutsche Flugsicherung (DFS) in Langen ihre Bemühungen einseitig auf lärmverteilende Maßnahmen richten. „Es sollten lieber Bemühungen zur Lärmreduzierung an der Quelle unternommen werden, zum Beispiel durch den Einsatz leiserer Flugzeuge. Durch Verlagerung einiger Flüge nach Süden werden unter dem Strich nur noch mehr Betroffene geschaffen, das macht keinen Sinn.“, erläutert der Heusenstammer Bürgermeister Halil Öztas.

Dem stimmt auch sein Mühlheimer Amtskollege Daniel Tybussek zu, obwohl seine Stadt durch die versetzten Anflüge vermeintlich geringfügig entlastet wird. Und der Bürgermeister der durch Fluglärm bereits stark gebeutelten Stadt Neu-Isenburg, Herbert Hunkel, ergänzt: „Es kann nicht sein, dass durch neue Flugrouten noch Lärm aufgesattelt wird. Eine kontinuierliche Reduzierung des Fluglärms, wie sie durch die vorgestern vom Wirtschaftsminister vorgestellte Lärmobergrenze angestrebt wird, muss in Gang gesetzt werden. Dazu müssen sich die Lärmobergrenze aber auch als wirksames Mittel erweisen.“

Der Hainburger Bürgermeister Bernhard Bessel bezweifelt, dass die Verschiebung der wenigen Flugzeuge, die aus technischen Gründen den versetzten Anflug überhaupt nutzen können, in den stark lärmbelasteten Bereichen z.B. der Stadt Offenbach überhaupt als Entlastung ankommt. „Dagegen wird der Lärmanstieg in unseren Gemeinden von der Bevölkerung als deutliche Verschlechterung wahrgenommen werden“, zeigt er sich überzeugt und verweist darauf, dass – anders als in den stark verlärmten Gebieten – in den neu belasteten Siedlungsgebieten abseits der Hauptanfluglinie keine Schallschutzfenster eingebaut worden sind, weil sie außerhalb des sog. Lärmschutzbereichs lagen.

Besorgt über die Entwicklung zeigt sich auch der Rodgauer Bürgermeister Jürgen Hoffmann. „Es wird übersehen, dass unsere Wohngebiete vor allem durch Verkehrs- und Gewerbelärm bereits belastet sind. Wir tun alles, um unsere Bürger vor dem Lärm der Autobahnen und der S-Bahn zu schützen und können dann gar nicht nachvollziehen, warum die für den Fluglärm zuständigen Stellen in Langen dann einfach unterstellen, dass wir einen Lärmaufschlag verkraften können.“